

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
<i>Einführung</i>	1
Gang der Untersuchung	6

Erster Teil

Kostensanktionen in Geschichte und Gegenwart

<i>Kapitel 1:</i> Historische Entwicklung der Kostensanktionen	9
A. Überblick über Regelungen gegen missbräuchliches Prozessieren	
im römischen Recht	9
I. Abschreckungsmittel des römischen Zivilprozessrechts	9
1. Prävention durch den Eid	10
2. Ehrlosigkeit	12
3. Prävention durch sogenannte Geldstrafe	13
a) Litiskredenz	13
b) An Unterliegen anknüpfende Kostenrisiken	14
c) Kostenrisiken bei mutwilligem Prozessieren	15
d) Zusätzliche Prozessstrafe	16
4. Entwicklung der Kostenerstattungspflicht im römischen Zivilprozess	17
II. Römischer Strafprozess	19
B. Deutschrechtliche Tradition	20
I. Eide	20
II. Acht	21
III. Finanzielle Risiken im Prozess	22
C. Landrechte und Reichskammergericht	23
I. Württembergisches Landrecht	23
1. Eid	23
2. Kostennachteile	24
II. Bayerisches Landrecht	25
III. Reichskammergericht	26

1. Acht als Zwangsmittel des germanischen Rechts	27
2. Kostensanktionen.....	28
IV. Charakteristika.....	29
1. Appellationsstrafen	29
2. Fortentwicklung der Kostenstrafen	31
D. Regelungen des 18./19. Jahrhunderts	32
I. Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten.....	32
1. Strafen gegen Querulanten.....	33
2. Maßnahmen gegen Winkelschrifsteller	34
3. Strafen zur Durchsetzung eines geordneten Prozessablaufs und zur Sicherung der Wahrheitsfindung	35
II. Die österreichische Allgemeine Gerichtsordnung von 1781	36
1. Eid	36
2. Kostensanktionen.....	37
E. Entwicklungslinien.....	40
I. Eid als Abschreckungsmittel.....	40
II. Kostenlast im Prozess als Abschreckungsmittel.....	41
1. Gerichtsgebühren	41
2. Entwicklung der Kostenerstattung und Kostenstrafen	42
III. Strafen außerhalb des Kostenrechts.....	43
IV. Acht und Maßnahmen gegen Ungehorsam (Contumacia).....	44
F. Zusammenfassung.....	46
<i>Kapitel 2: Jüngere und aktuelle Kostensanktionen</i>	48
A. Bestandsaufnahme der Kostensanktionen.....	48
I. Kostensanktionen in unterschiedlichen Prozessordnungen.....	48
1. Verfassungsprozessuale Normen.....	48
2. GKG und ZPO	49
3. StPO	51
4. FamFG	52
5. VwGO, FGO, SGG	53
II. Kostensanktionen gegen unterschiedliche Adressaten.....	55
1. Rechtsanwälte	55
2. Dritte	57
III. Starre gesetzliche Vorgaben oder Kostenverteilung nach Billigkeit	58
IV. Kostensanktionen in gerichtskostenfreien Verfahren und zusätzliche Kostensanktionen innerhalb kostenpflichtiger Verfahren	59
B. Systematik	60

C. Zuordnung.....	63
I. Kostenumverteilung bzw. Kostentrennung.....	63
1. Reine Verursachung als Anknüpfungspunkt.....	63
2. Verursachung und zusätzliches Verschulden als Anknüpfungspunkt (eigentliche Verschuldenskosten).....	63
II. Erhebung zusätzlicher Kosten wegen Verschuldens.....	65
III. Missbrauchskosten.....	66
 <i>Kapitel 3: Ausländische und europäische Konzepte</i>	
gegen missbräuchliches Prozessieren	67
A. Deutscher Rechtskreis.....	69
I. Österreich	69
1. Mutwillensstrafen	69
2. Sanktionen im Kostenrecht	71
3. Richterliche Strafgewalt.....	72
II. Schweiz	74
1. Ordnungsbuße.....	74
2. Kostensanktionen in kostenfreien Verfahren.....	75
a) Früheres Kostenrecht im Verfahren der staatsrechtlichen Beschwerde	75
b) Kostensanktion im Bundesgesetz über politische Rechte.....	77
c) Kostensanktion im arbeitsrechtlichen Streit.....	78
3. Kostensanktionen im kostenpflichtigen Zivilprozess?.....	78
III. Liechtenstein.....	78
1. Ordnungs- und Mutwillensstrafen.....	79
2. Kostensanktion im kostenfreien Sozialgerichtsverfahren	81
B. Romanischer Rechtskreis	82
I. Frankreich.....	82
II. Italien.....	83
1. Kostenstrafe des Kassationshofs	84
2. Allgemeine zivilprozessuale Sanktionen	86
C. Anglo-amerikanischer Rechtskreis	87
I. England.....	87
1. Kostenrechtliche Sanktionen.....	87
2. Sanktionen außerhalb des Kostenrechts	90
II. USA.....	91
1. Kostensanktion des Supreme Court.....	91
2. Zivilprozess	93
a) Abweichungen von der American Rule und Sanctions.....	93
b) Rule 11 FRCP.....	96
c) Weitere Sanctions nach den FRCP	101

3. 28 U.S.C. § 1927 als spezielle Kostensanktion gegen Anwälte	102
4. Appellate Sanctions	103
D. Europäische Gerichte	104
I. Gerichte der Europäischen Gemeinschaften/ Europäischen Union	104
1. Regelungen in den Verfahrensordnungen.....	104
2. Anwendung der Kostensanktionen	106
II. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte.....	109
E. Auswertung der Regelungen und Zusammenfassung.....	112

Zweiter Teil

Missbrauchsgebühren im deutschen Prozessrecht

<i>Kapitel 4: Rechtsnatur der Missbrauchskosten</i>	117
A. Funktion und Natur der Prozesskosten	117
I. Gerichtsgebühren	117
II. Kostenerstattungsanspruch.....	118
B. Charakter der Missbrauchsgebühren	120
I. Gebührentatbestände?	120
1. Wortlaut und Gesetzeszsystematik.....	120
2. Äquivalenzprinzip.....	121
3. Richterliche Wertung als Auslöser der Gebühr?	122
4. Kostendeckungszweck?	123
II. Schadensersatz- oder Strafnormen?.....	124
1. Veranlasserprinzip als tatbestandsorientiertes Abgrenzungsmittel?	124
2. Rechtsfolge als Abgrenzungskriterium.....	128
a) Ersatz eines materiellen Schadens?.....	128
b) Zusätzlicher Ersatz immaterieller Schäden?	133
3. Strafcharakter.....	136
C. Zusammenfassung.....	140
<i>Kapitel 5: Die Missbrauchsgebühr des Bundesverfassungs- gerichtsgesetzes</i>	142
A. Missbrauchsgebühr als Korrektiv der verfassungsgerichtlichen Kostenfreiheit	142
I. Kostenfreiheit als Charakteristikum eines Verfassungsgerichts?	143

1. Landesverfassungsgerichte.....	143
2. Andere Verfassungsgerichte, supranationale oder dem Grundrechtsschutz dienende internationale Gerichte.....	146
II. Verfassungsrechtliche Gründe der Kostenfreiheit?	147
1. Objektive Funktion aller Verfahren, auch der Verfassungsbeschwerde	147
2. Ableitung aus der Stellung als Gericht außerhalb des regulären Instanzenzugs.....	150
3. Ableitung aus dem grundgesetzlichen Verfassungs- beschwerderecht?.....	150
4. Kostenfreiheit aufgrund sozialstaatlicher oder rechtstaatlicher Gewährleistungen?.....	151
5. Kostenfreiheit wegen Grundrechtsschutzes?	152
6. Zwischenergebnis	153
III. Grenzen der Kostenfreiheit	153
IV. Die Entwicklung der Missbrauchsgebühr als Korrektiv der Kostenfreiheit	154
V. Zwischenergebnis	160
B. Wirkung und Anwendung der Norm	160
I. Effektivität des Abschreckungseffekts und Entwicklung der Gebührenhäufigkeit.....	161
II. Gleichmäßigkeit der Anwendung	166
III. Fallgruppen.....	166
1. Androhung als Normanwendung.....	166
2. Auferlegung der Missbrauchsgebühr	168
a) Wiederholungen	168
b) Besonders gravierende handwerkliche Mängel	169
c) Instrumentalisierung der Verfassungsbeschwerde.....	170
d) Substanzlose Bagatellsachen	171
IV. Zwischenergebnis	173
C. Gesetzliche Voraussetzungen.....	173
I. Erfolglosigkeit	173
II. Missbrauch	174
1. Definitionen der Rechtsprechung	174
2. Kritik	175
3. Problem des Missbrauchs begriffs generell	177
4. Missbrauch des kostenfreien Verfassungsbeschwerderechts	179
a) Missbrauch des grundgesetzlich eingeräumten Rechts.....	180
b) Missbrauch des verfassungsprozessualen Beschwerderechts	180
c) Der Missbrauch der Kostenfreiheit	181
d) Missbrauch und Fernziele	182

5. Formulierung des Missbrauchs als Verstoß	183
gegen prozessuale Pflichten	183
a) Pflicht zur Wahrhaftigkeit	185
b) Verbot des arglistigen prozessualen Verhaltens	186
c) Verbot widersprüchlichen Verhaltens	187
d) Verbot der Bagatellverfassungsbeschwerde?	187
e) Bezeichnungspflicht	188
f) Pflicht, einem Hinweis Folge zu leisten? Verbot der Verfassungsbeschwerde bei fehlendem Rechtsschutzbedürfnis	190
g) Wiederholungsverbot/Reaktionsgebot?	191
h) Befassungspflichten des Rechtsanwalts	191
6. Zwischenergebnis	193
III. Rechtsfolge: Ermessen	194
1. Ermessen hinsichtlich des Einschreitens	194
2. Ermessensausübung hinsichtlich der Höhe	196
a) Bezugspunkt des Gebührenrahmens	196
b) Zumessungskriterien	197
D. Rechtsschutz gegen die Entscheidung	198
I. Rechtsschutz gegen die Missbrauchsgebühr erforderlich?	198
II. EGMR als Kontrollinstanz	200
E. Vollstreckung der Entscheidungen	203
F. Zusammenfassung	204
<i>Kapitel 6: Die Missbrauchskosten im Sozialgerichtsgesetz</i>	205
A. Missbrauchskosten als Korrektiv der sozialgerichtlichen Kostenfreiheit	205
I. Das Prinzip der Kostenfreiheit im Sozialgerichtsgesetz	205
1. Tradition der Kostenfreiheit und die Diskussion um deren Abschaffung	205
2. Gründe des sog. sozialen Kostenrechts	209
3. Exkurs: Uneingeschränkte Kostenfreiheit des Sozialverfahrens?	210
II. § 192 SGG als Korrektiv der Kostenfreiheit	210
B. Entwicklung der Kostensanktion	211
C. Anwendung	215
I. Häufigkeit der Anwendung	215
II. Drohung	216
III. Sanktionspraxis	216

D. Gesetzliche Voraussetzungen der Missbrauchskosten	219
I. Anwendbarkeit der Norm.....	219
II. Missbräuchlichkeit der Rechtsverfolgung oder -verteidigung	219
1. Missbrauchsbeispiel der Sozialgerichte	219
2. Kritik	220
3. Missbrauch als Verstoß gegen Pflichten des sozialgerichtlichen Verfahrens	221
a) Pflicht zur Wahrhaftigkeit	222
b) Pflicht zur Unterlassung von substanzlosen Bagatellklagen?	222
c) Unterlassung von Klagen, die nicht dem Rechtsschutz dienen.....	224
d) Reaktionsgebot auf den Hinweis in aussichtsloser Beweis- und Rechtslage?.....	224
e) Reaktionspflicht des Prozessvertreters.....	225
f) Wiederholungsverbot?.....	225
g) Pflicht zur Unterlassung von Beleidigungen.....	225
h) Verbot zur Nutzung des Verfahrens zur Einnahmeerzielung?	227
III. Hinweis.....	227
IV. Ermessen	228
1. Ermessen hinsichtlich des Einschreitens	228
2. Höhe der Sanktion	229
V. Begründungserfordernis.....	230
E. Rechtsmittel	230
F. Durchsetzung/Vollstreckung	231
G. Strafe gegen Anwälte	231
H. Zusammenfassung.....	232
<i>Kapitel 7: Gemeinsamkeiten und Unterschiede</i>	234
A. Strukturelle Unterschiede der Verfahrensordnungen und der Kostensanktionen im Verfassungsprozessrecht und Sozialgerichtsverfahren.....	234
B. Unterschiedliche Gründe der Kostenfreiheit.....	235
C. Übertragbarkeit der Rechtsprechung des BVerfG auf § 192 Abs. 1 Nr. 2 SGG?.....	235
D. Übertragung der prozessualen Anforderungen von § 192 SGG auf § 34 Abs. 2 BVerfGG?	236
E. Zusammenfassung.....	236

Dritter Teil

Die Missbrauchsgebühr auf dem Prüfstand

<i>Kapitel 8: Rechtliche Einwände gegen die Missbrauchsgebühr</i>	241
A. Kritik an § 34 Abs. 2 BVerfGG.....	241
I. Kostenrisiko als unverhältnismäßige Rechtsschutzsperre entgegen grundsätzlicher Kostenfreiheit	241
II. Instrument der Willkür und Rache	242
1. Art. 3 Abs. 1 GG.....	242
2. Rechtsstaatsprinzip	244
3. Art. 103 Abs. 1 GG	244
III. Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot des Rechtsstaatsprinzips.....	245
IV. Begründungsmängel der Entscheidungen.....	245
V. Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 oder Abs. 3 GG	247
VI. Sanktionsnorm gegen Anwälte.....	249
1. Durchgriff oder Zurechnung anwaltlichen Verschuldens, Kritikpunkt Ungleichbehandlung	249
2. Verfassungswidrige Behandlung der Anwaltschaft als Organ der Rechtspflege	251
B. § 192 SGG: Kritik an Norm und Anwendung.....	254
I. Umgehung der Kostenfreiheit der Sozialgerichte (Errungenschaft des Sozialstaats).....	254
1. Verletzung des Sozialstaatsprinzips	254
2. Verstoß gegen Rechtsstaatsprinzip bzw. effektiven Rechtsschutz	255
II. Anwendungsproblem: Einladung zum Machtmissbrauch und Rollenvermischung	255
1. Kritik	255
2. Kritikpunkt Rollenvermischung	256
III. Höhe und Bestimmtheitsgebot?.....	257
IV. Kostensanktion und Rechtsanwälte	257
1. als Adressaten	257
2. Rechtsanwälte in der Zwickmühle	258
C. Zusammenfassung.....	258
<i>Kapitel 9: Missbrauchsgebühren und kostenorientierte Steuerung.....</i>	259
A. Steuerungsziele des Kostenrechts.....	259
I. Grundannahme.....	259
II. Kritik	260

B. Grundmodell Zivilprozess	261
I. Fehlsteuerungen bei gleicher Kostenlast	262
II. Fehlsteuerungen der Kostenerstattung nach Unterliegen	263
C. Änderungen des Kostenerstattungsrisikos	265
D. Kostenfreiheit	265
I. Kostenorientierte Steuerung im kostenfreien sozialgerichtlichen Verfahren?	266
II. Kostenorientierte Steuerung im kostenfreien Verfassungsbeschwerdeverfahren?	266
E. Missbrauchsgebühren und Verfahrenssteuerung	267
I. Verbogene Selbststeuerung der Arbeitslast	267
II. Steuerung durch die Missbrauchsgebührentatbestände	268
III. Verwendung als individuelles Lenkungsmittel	270
IV. Steuerung durch Missbrauchsgebühren und Prozessökonomie ...	272
V. Schwächung des Steuerungseffekts der Missbrauchskosten durch Prozessfinanzierung	274
F. Zusammenfassung	275
<i>Kapitel 10: Vorschläge</i>	277
A. Veränderung der gesetzlichen Instrumente	277
I. Eingabe- oder Nichtannahmegebühr	277
II. Billigkeitsklausel	278
III. Kombination mit Rücknahmefiktion	279
IV. Sanktionen gegen Anwälte	279
B. Verbesserung der vorhandenen Normen	280
I. § 34 Abs. 2 BVerfGG	280
II. § 192 SGG	281
C. Verbesserungsvorschläge zur einheitlichen und konsequenteren Anwendung	281
I. Anwendung von § 34 Abs. 2 BVerfGG	281
II. Anwendung von § 192 Abs. 1 Nr. 2 SGG	282
<i>Kapitel 11: Zusammenfassung der Ergebnisse</i>	284
Literatur- und Quellenverzeichnis	287
Sachregister	299